

Vorlage Selbstauskunft mit Verpflichtungserklärung

Selbstauskunft und Verpflichtungserklärung für tätige Personen¹⁷ zur persönlichen Eignung in Einrichtungen, Diensten, Schulen sowie in der Zentrale des _____ (Name der Organisation), in denen Personen betreut, gepflegt, erzogen, beraten, vermittelt und ausgebildet werden.

Name, Vorname

Geburtsdatum

I. Selbstauskunft zu einer gerichtlichen Bestrafung

Hiermit erkläre ich, dass ich gerichtlich bestraft¹⁸ bin wegen der Vollendung oder des Versuchs folgender Straftaten:

- Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht (171 StGB);
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung § 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i bis 184l StGB);
- Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen (§ 201a Abs.3 StGB);
- vorsätzliche Tötungsdelikte (§§ 211 bis 217 StGB);
- Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 StGB);
- Menschenhandel (§§ 232 bis 233a StGB);
- Menschenraub, Verschleppung, Entziehung Minderjähriger, Kinderhandel, Zwangsheirat (§§ 234 bis 237 StGB);
- Nachstellung (§ 238 StGB);
- Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, für die eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr angedroht ist (§§ 29 Absatz 3, 29a bis 30b BtMG);
- vorsätzliche Körperverletzungsdelikte (§§ 223, 224, 226, 226a, 227, 231 StGB), Raubdelikte (§§ 249 bis 255 StGB), Aussetzung (§ 221 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB) auf sexueller Ebene zum Nachteil von Minderjährigen;
- strafbarer Vollrausch (§ 323a StGB) unter Begehung einer oder strafbare Bedrohung (§241 StGB) mit einer der oben genannten Straftaten;
- unterlassene Hilfeleistung oder Behinderung von Hilfeleistung (323c StGB).

¹⁷ Mit der Bezeichnung „tätige Personen“ sind die Beschäftigten einschließlich der Leitungen, nebenberuflich sowie ehrenamtlich Tätige, Freiwillige, Praktikant*Innen, Auszubildende, im FSJ/BFD Tätige sowie Werksauftragsnehmer*Innen und Leiharbeiter*Innen gemeint.

¹⁸ Gemeint sind alle rechtskräftigen Strafbefehle oder Verurteilungen im In- und Ausland (dort nach den entsprechenden ausländischen Strafrechtsnormen), die noch nicht getilgt sind im Sinne des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG)

Straftatbestand: _____

Datum der Verurteilung / des Erlasses des Strafbefehls: _____

II. Selbstauskunft zum Verdacht der Begehung einer Straftat

Ich erkläre, dass

ich **keine Kenntnis** davon habe, dass gegen mich wegen des Verdachts der Begehung einer der oben genannten Straftaten, ein Haftbefehl erlassen oder Anklage erhoben ist.

Oder

Ich erkläre, dass

ich **Kenntnis** davon habe, dass gegen mich wegen des Verdachts der Begehung folgender der oben genannten Straftat/-en gegen mich ein Haftbefehl erlassen oder Anklage erhoben ist:

Straftatbestand: _____

Datum des Haftbefehls / des Erhebung der Anklage: _____

III. Selbstverpflichtung

Ich verpflichte mich, meinen Dienstgeber unverzüglich zu informieren, sobald ich davon Kenntnis erhalte, dass wegen des Verdachts der Begehung einer der oben genannten Straftat/-en gegen mich ein Haftbefehl erlassen oder Anklage erhoben ist. Eine rechtskräftige Verurteilung wegen einer der oben genannten Straftat/-en werde ich dem Arbeitgeber unverzüglich anzeigen.

Ich werde auf Verlangen des Dienstgebers gegen Kostenerstattung meine persönliche Eignung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben durch Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses gem. § 30a BZRG – sofern erforderlich – in regelmäßigen Abständen nachweisen.

Ich bin mir bewusst, dass die Abgabe einer wahrheitswidrigen Erklärung in aller Regel arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zu einer fristlosen Kündigung zur Folge hat.

Ort, Datum

Unterschrift